Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 v. 8–3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Dr. Rothera, s. nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Vereins- oder noch Heimgen 20 Pfg. (letztern Bereich (ungelaubt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Bürgschaft für die nächstmalige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorherbezahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Unsere Annoncen-Expedition befindet sich
45 Wilsdruffer Strasse 45
(neben der Dresdner Bank und vis-à-vis Hotel goldner Engel).
Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.

Dresden, 1890.

Aepfelwein,
Garantie für Glanzhelle und Reinheit.
à Liter 35 Pfg.
Adolf Kuchenbuch
Obstkelterei,
Niederlössnitz b. Dresden.
Garantie: Kostenfreie Zurücknahme.

Preuss & Brendecke, Dresden,
König-Johannstrasse 3, part. u. I. Et.
en gros Posamenten und Knöpfe en detail
Eigene Anfertigung von Posamenten.

Reichste Auswahl von Corsets bester Qualität in allen Preisen, Façons, Weiten, Farben, Stoffen etc.
Heinrich Plaul, Dresden, Wallstr. 12.

Tapeten — Versandt Geschäft: Marschall Str. 29. F. Schade & Co. Haupt Geschäft: Victoria & Waisenhaus-Str. Ecke. — Tapeten

Tiroler Lodenjoppen von 8 Mk. an, Tiroler Lodenhüte von 2 Mk. an hält stets in grosser Auswahl Jos. Fiechtl aus Tirol, Schloss-Strasse 23, d. früheren Laden schrägüber.

Nr. 162. Spiegel: Militärvorlage, Deutschland und England in Afrika, amerikanische Silberprägung und Zölle. Hofnachrichten, Integrität Sachsens, Post- und Telegraphen-Beamten-Gehalte, Patentgesetz, Gemeindetag. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. | **Mittwoch, 11. Juni.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Sieroy in Dresden.

Sechs volle Sitzungen hat der Militärausschuß des Reichstags gebraucht, um die Generaldebatte über die Militärvorlage zu Ende zu führen: 3 Sitzungen vor, 3 nach den Ferien. Die letzteren standen im Gegensatz zu ersteren: vor Pfingsten glaubte man allgemein, die Forderung werde ziemlich glatt durchgehen; nach Pfingsten weiß man als sicher nur, daß die Vermehrung der Artillerie einer großen Mehrheit gewiß ist, ohne daß die Militärverwaltung anderweite Zugeständnisse zu machen brauchte. Will sie die Erhöhung des Friedensstandes um 18,000 Mann, so verlangt man von ihr als Gegenleistung thatsächliche Erleichterungen der Wehrpflicht. Einen Beschluß selbst hat der Militärausschuß noch nicht gefaßt, die Parteiführer haben sich nur gründlich ausgesprochen. In der Montagssitzung erschien der Reichskanzler v. Caprivi persönlich, um seine Vorlage zu vertheidigen und namentlich die Besorgnisse zu zerstreuen, die in der Bevölkerung entstanden sind. Das Interessanteste an seinen Aufschlüssen war die Mittheilung, daß nicht er der Vater der Militärvorlage ist, sondern, daß er sie als Erbstück seines Amtsvorgängers übernommen hat. Auch Fürst Bismarck hat die Militärvorlage gekannt und gutgeheißen; Hr. v. Caprivi verwahrte sich nachdrücklich gegen die Annahme, daß er in seiner Eigenschaft als Soldat die Pflichten seiner Stellung als Reichskanzler einseitig auffasse. Herr v. Caprivi warf die Frage auf, ob, wenn Fürst Bismarck noch als Reichskanzler die Vorlage zu vertreten hätte, die Sache glatter verliefe? Er nahm Bezug auf die „faszinirende Gestalt" Bismarcks und hob hervor, daß die einfachsten Geschäfte heute schwerer fallen. Er bat daher, man solle heute nicht einen Kampf um die Machtfrage beginnen, sondern ein Jahr erst noch in's Land gehen lassen. Die jetzige Militärvorlage solle man einfach und ohne daran geknüpfte Zugeständnisse annehmen: sie sei eine Nothwendigkeit und folge von allein aus der vom Reichstag selbst beschlossenen Bildung zweier neuer Armeekorps. Diese offene, gerade Erklärung hat manches Mißverständniß beseitigt und den Boden für eine Verständigung vorbereitet. Man wird die Erörterung der militärischen Zukunftspläne vertagen und hält sich lediglich an die ursprüngliche Vorlage.

Soviel über die Berathungen im Militärausschusse. Der Vollreichstag selbst brachte die 2. Lesung der Kolonialforderung nicht zu Ende; das Centrum verhielt sich auffallend schweigsam. Stimmt es im Vollreichstage so wie seine Vertreter im Ausschusse, so wird die Forderung für Ostafrika mit großer Mehrheit bewilligt. In einem Jahre wird man über die Größe, Gestaltung und Entwickelung unseres Besitzstandes in Ostafrika klarer sehen, als es zur Zeit möglich ist. Bis dahin werden die Früchte des Zuges von Emin Pascha nach dem Innern des dunklen Erdtheils gereift sein, auch wird man die Ergebnisse des Zuges von Dr. Peters vor sich haben. Es kommt daher auch nicht so sehr viel darauf an, ob sich jetzt England und Deutschland über die genaue Abgrenzung ihres Machtbereiches im Innern Afrikas verständigen. Der englische Unterhändler, Sir Percy Anderson, welcher dieser Tage zum Abschluß der Verhandlungen in Berlin eintreffen sollte, hat in der letzten Stunde seine Abreise aus England verschoben. Worum handelt es sich denn bei diesem Streite, den Stanley's Verbitterung und Scheelsucht immer auf's Neue anfacht? Der Congovertrag, den alle Mächte feierlich eingegangen sind, spricht jedem europäischen Staate das Recht zu, sein Gebiet von der ihm gehörenden Meeresküste landeinwärts bis zu der allgemein anerkannten Grenze eines anderen civilisirten Staates auszudehnen. Deutschland hat also das verbriefte Anrecht, das Hinterland seines Küstengebiets bis zu dem Congostaate zu erstrecken, das ist ein breiter Querstreifen vom 2. Grad nördlich bis zum 12. Grad südlich des Aequators. Von dieser Rechtsgrundlage deutscherseits abzugehen, liegt kein Grund vor. Die Engländer wollen nun aber einen breiten Streifen Innerafrikas vom Nil bis zum Kap der guten Hoffnung in ihren Besitz bringen; damit zerschnitten sie die uns laut dem Congovertrage zustehende Verbindung mit dem Congostaate. Das wird Deutschland niemals zugeben, wohl aber ist es bereit, einen billigen Ausweg durch gegenseitiges Nachgeben und Ausgleichen herbeizuführen. Wo aber zieht man die Grenze? Dehnt Deutschland in südlicher Richtung sein Gebiet landeinwärts bis zum Congostaate aus, so muß England auf Gebiete verzichten, die von schottischen Missionaren, vor Allem von Livingstone zuerst bereist sind. Ein solches Zugeständniß würde die schottischen Wähler gegen die Regierung aufsässig machen. Verlängert Deutschland aber seine Besitzungen mehr in nördlicher Richtung, so fällt das Gebiet, in welchem Stanley jüngst Verträge mit den Häuptlingen abgeschlossen hat, in deutsche Hände. Deshalb zetert Stanley so jämmerlich und deshalb sind seine Hintermänner, die englischen Kapitalisten, so aufgebracht. Die englische Regierung sieht sich also zwischen zwei Feuern: wo sie auch nachgiebt, ob im Süden oder im Norden, immer stößt Lord Salisbury politisch wichtige Interessenten vor den Kopf. In solcher Lage gilt es für das Gescheidteste, was ein Staatsmann thun kann —, daß er Nichts thut. Lord Salisbury neigt sich daher dazu, über Gebietsabgrenzungen jetzt gar Nichts festzusetzen. Ja, warum hat aber England denn die jetzigen Verhandlungen darüber erst begonnen? Gegen eine Vertagung der Entscheidung haben wir Deutsche Nichts einzuwenden. England ist gar nicht in der Lage, auf jenes noch herrenlose Land zwischen seinem ostafrikanischen Besitzthum und dem Congostaate die Hand zu legen. Unser Ostafrika hingegen hat Expeditionstruppen zur Verfügung und kann unbehindert von Irgendwem diese zukunftsreichsten aller Gebiete Afrikas thatsächlich in Besitz nehmen. Zur Vorbereitung dessen dient allem Anscheine nach der Zug Emins, wie auch Dr. Peters auf seinem Zuge dafür gesorgt haben wird, daß nicht das mächtige Negerreich Uganda, „die Perle Inner-Afrikas", an England ausgeliefert wird.

Aus Amerika kommen fortwährend Nachrichten, welche Ausschreitungen der Großkapitalisten und unverschämte Ausbeutung des Publikums vermelden. Der wahnwitzige Hochzollkarif ist das Werk einer Gruppe gewissenloser, habgieriger Großkapitalisten. Sie sind die Herrscher des freien Landes, die Gesetzgebung tanzt nach ihrer Pfeife. Mit Hilfe ihrer Riesenreichthümer glauben sich die unumschränkt gebietenden, von keiner monarchischen Gewalt im Zügel gehaltenen Geldmenschen über alle volkswirthschaftlichen und sittlichen Gesetze hinwegsetzen zu dürfen. Von der Verderblichkeit dieser rücksichtslosen großkapitalistischen Wirthschaft liefert auch der Zustand der scheinbar glänzenden Landwirthschaft in den Vereinigten Staaten ein geradezu erschreckendes Bild. Hier zeigt er sich als der scheußlichste Raubbau. Die bis auf den Grund ausgesaugten Farmen werden einfach verlassen, damit auf dem noch vorhandenen jungfräulichen Boden des weiteren Westens derselbe Raubbau neu beginnen kann. Der Werth des Grund und Bodens solcher verlassener Siedelungen ist in weiten Gebieten auf's Tiefste gesunken. Dazu verderben die Landbarone, die den Weizenbau als Großbetrieb auf Zehntausenden von Ackern ausüben, den gewöhnlichen Farmern die Getreidepreise. Daneben legen Eisenbahn-Magnaten dem Bauer so hohe Frachten auf, daß er seine Bodenerzeugnisse kaum auf den Markt bringen kann; andere große Geldmächte, vereinigt als Vieh- und Fleisch-Ringe, kaufen ihm sein Vieh zu Spottpreisen ab, da er es nur an sie loswerden kann. Es soll jeden Begriff von patriotischer Einsicht und Gerechtigkeit spotten, wie die amerikanischen Großkapitalisten die ganze Gütererzeugung beherrschen, in Industrie und Landwirthschaft, und wie dabei ihre „Ringe" dem Publikum willkürliche Preise vorschreiben. Die wirthschaftliche Freiheit ist zu einer unerbittlichen Tyrannei des Großkapitalismus ausgeartet. Kein soziales Königthum ruft ihm ein Halt! zu.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 10. Juni.

Berlin. Reichstag. Das Haus ehrt das Andenken des gestern so plötzlich verstorbenen Abgeordneten v. Wedell-Malchow (kons.) durch Erheben von den Plätzen. — Eingegangen: Die Vorlage betr. die Errichtung eines Denkmals für Kaiser Wilhelm I. — Auf Antrag Windthorst's wird das bisherige Präsidium, bestehend aus Levetzow (kons.), Graf Ballestrem (Centrum) und Dr. Baumbach (freis.) für die Dauer der Session per Acclamation definitiv gewählt. — Abg. Richter begründet seine Interpellation betr. die Fortdauer der für Elsaß-Lothringen erlassenen Paßvorschriftbestimmungen. Beim Vorliegen eines Etats würde er die Sache da zur Sprache gebracht haben; da diese Gelegenheit fehlte, habe er die Form der Interpellation gewählt. Der Verkehr leide schwer unter den getroffenen Maßnahmen, namentlich auch der der Kurorte in den Vogesen und der persönliche Verkehr unter den durch die Grenze getrennten Verwandten. Die von der offiziösen Presse s. Zt. zur Begründung der Maßnahme beigebrachten Gründe seien wenig zutreffend. Wenn durch diese Maßnahme wirklich einzelne bedenkliche Elemente ferngehalten würden, so wiege das nicht die Schädigung zahlreicher Geschäftsleute auf. Wirklich gefährliche Elemente verstünden schon, sich Zugang zu verschaffen. Reichskanzler v. Caprivi: Die zahlreichen Hochverraths-Prozesse der 80er Jahre ergeben, daß die Reichslande mit einem ganzen Netz von Kundschaftern überzogen waren. Die Zahl der Franzosen im Elsaß wuchs von 15,000 im Jahre 1888 auf 19,000 im Jahre 1889, darunter zahlreiche Personen, die Beurlaubte der französischen Armee oder Mitglieder der französischen Territorial-Armee waren. Neben dieser militärischen Ueberwachung gehe die politische Agitation. Er erinnere nur an die Patriotenliga. Unter solchen Umständen mußten an kompetenter Stelle Maßregeln erwogen werden. An Wohlwollen für die elsaß-lothringische Bevölkerung habe es die Regierung nicht fehlen lassen, aber nachdem 17 Jahre lang diese Milde vergeblich war, mußte den Elsaß-Lothringern zum Bewußtsein gebracht werden, daß die gegenwärtige Grenze eine bestimmte und unabänderliche sei. Die verhängten Maßregeln seien sorgfältig berathen worden. Ein Gutachten des Reichsjustizamts darüber, ob etwa diese Maßnahmen in Widerspruch mit den Bestimmungen des Frankfurter Vertrags stehen könnten, wurde eingeholt. Der Paßzwang veranlaßte eine Reihe polizeilicher Verordnungen, die zum Theil wohl lästig werden mögen, die aber durchweg korrekt seien. Er rathe nicht, sie aufzuheben. Vorbeugende Maßregeln seien in diesem Falle besser, als schließliche Repression. Von diesen Maßnahmen wurden die Franzosen nicht so schwer betroffen, als Deutsche von dem französischen Spionage-Gesetz. Von einer Wirkung der Paßvorschrift werde man erst nach Jahren reden können, wenn sich die Bevölkerung daran gewöhnt haben werde. Ob milder verfahren werden könne, werde von der Haltung der Elsaß-Lothringer selbst abhängen. Uebrigens wäre es erwünscht, wenn vor dem Einbringen solcher Interpellationen die Interpellanten sich bei ihm erkundigten, ob eine Interpellation zu empfehlen sei oder nicht. Wo dies nicht geschehe, falle die Verantwortung für die Tragweite der Interpellation dem Auslande gegenüber auf die Interpellanten. Guerber (Els.): Man könne von der Bevölkerung Elsaß-Lothringens ohne Weiteres nicht eine deutschfreundliche Gesinnung verlangen. Nach dem Erlaß der Paßverordnung sei die Stimmung aber geradezu eine ingrimmige geworden. Die Maßregel treffe Schuldige und Unschuldige. Man sollte sich hüten, gegen die Elsaß-Lothringer mit Ausnahmegesetzen vorzugehen. Man werde damit eben so schlechte Erfahrungen machen, wie bei den Sozialdemokraten. Höffel (Reichsp.): Der Paßzwang habe die Stimmung der Elsaß-Lothringer gewaltig erregt. Mit solchen Maßregeln gewinne man sie nicht für das Reich. Hickel (Soz.) wendet sich gleichfalls gegen den Paßzwang, der die Bevölkerung noch unzufriedener mache, als es die Sozialdemokraten seien. Delles (Els.) billigt alle Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Der Paßzwang müsse aber gemildert, am besten ganz abgeschafft werden. Richter (freis.): Wenn alle das Ausland betreffenden Dinge nur nach vorgängiger privater Verständigung mit der Regierung behandelt werden sollten, würde ein bedeutender Theil des Verhandlungsstoffes überhaupt ausfallen. Auch an den Militärvorlagen und der Wirthschaftspolitik sei das Ausland interessirt. An gewisse Dinge, die sich längst überlebt, werde sich das Volk nie gewöhnen. Windthorst verlangt eine mildere Handhabung der Paßvorschriften, wenn deren Aufhebung nicht ohne Weiteres erfolgen kann. v. Kardorff verwahrt die Regierung gegen den Verdacht, lediglich eine vexatorische Maßnahme beabsichtigt zu haben. v. Bennigsen kann nur wünschen, daß sich die Bevölkerung der Reichslande beruhige, damit der Paßzwang beseitigt werden könne. v. Puttkamer (kons.) erklärt es für unrichtig, daß die Maßregel ein gegen Frankreich geführter Schlag sei. Damit ist die Besprechung der Interpellation beendet. Morgen: Initiativ-Anträge.

Berlin. Bei der heutigen Parade der Potsdamer Garnison zu Ehren des Kronprinzen von Italien führte der Kaiser sein Regiment Gardes du Corps zweimal dem Kronprinzen vor. Die Parade nahm einen glänzenden Verlauf. — Die Kaiserin ist am Nesselfieber erkrankt und konnte deshalb der Parade nicht beiwohnen. Beim gestrigen Frühstück in der Offizierspeiseanstalt des 1. Garde-Ulanen-Regiments in Potsdam trank der Kaiser auf das Wohl des Kronprinzen von Italien, des Sohnes seines hohen Verbündeten und Freundes. Der Kronprinz dankte in italienischer Sprache für die ihm gewordene Aufnahme. — Der Kaiser soll den Wunsch geäußert haben, daß Offiziere, die sich auf der Rennbahn aktiv als Reiter betheiligen, nur im Sattel ihrer eigenen Pferde oder auf Pferden ihrer Kameraden, nicht aber auf denen ihnen fernstehender Rennstallbesitzer an Rennen sich betheiligen möchten. — Der „Reichsanzeiger" bringt einen Artikel über die Ablehnung des Sperrgeldergesetzes. Der Artikel schließt wie folgt: „Die Staatsregierung ist sich nach wie vor bewußt, das Gute auf dem einzig möglichen Wege gewollt zu haben. Wenn sie an der Erreichung dieses Zieles verhindert wurde, so darf man die Ursache hiervon in dem Nachhall der Stimmung erblicken, welche die früher zwischen dem Staate und der katholischen Kirche vorhandenen Differenzen auf katholischer Seite hervorgerufen hatte, und welche bei der Partei (beim Centrum) noch nicht gänzlich beseitigt zu sein scheinen. Gleichwohl darf die Hoffnung ausgesprochen werden, daß dieser Zwischenfall die bestehenden friedlichen Verhältnisse in keiner Weise beeinträchtigen werde. Bei allseitigem guten Willen wird es zu erreichen sein, daß die früheren Bestimmungen, aus denen heraus von Zeit zu Zeit noch hie und da Versuche der Verschärfung der Gegensätze gemacht werden, sich allmählich verlieren. — Die Secession der freisinnigen Partei wurde in parlamentarischen Kreisen für sicher gehalten.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus, das heute einen Berg Petitionen erledigte, ging über die Petition Krupp-Essen: „Erstattung von Eisenbahnfrachtgebühren" nach längerer Debatte zur Tagesordnung über. — Das Herrenhaus berathet morgen den Nachtragsetat betr. die Beamtenbesoldungen, dessen unveränderte Annahme die Kommission beantragt.

Paris. Die revolutionäre Fraktion der Marxisten hielt gestern das erste Protestmeeting gegen die Verhafteten der russischen Revolutionäre ab. Es wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Verletzung des Asylrechtes als ein Verrath an der Menschheit hingestellt wurde. Sämmtliche Redner wütheten gegen die Regierung, die sich zum Knecht des russischen Tyrannen mache. Auch der Mörder des Kaisers Alexander II. ward verherrlicht.

Die **Berliner Börse** setzte ziemlich fest ein, da der befriedigende Ausweis der Reichsbank, sowie bessere Glasgower Notirungen andere ungünstige Nachrichten paralysirten. Bald schwächten sich indeß die Course in Folge von Realisationen ab. Für Banken bestand wenig Interesse, deutsche Bahnen schwächer. Das Interesse konzentrirte sich auf Ostpreußen, auch österreichische Bahnen mehrfach nachgebend, nur Buschtiehrader und später Duxer steigend. Bergwerke fest und belebt, fremde Renten schwach behauptet. Im Kassaverkehr waren Banken still, deutsche Bahnen schwächer, österreichische fest, für Bergwerke bestand feste Stimmung, auch andere Industriepapiere ziemlich fest. Privatdiskont 3⅞ Prozent. Nachbörse ruhig. — Wetter: Heiter, Westwind.

Frankfurt a. M. (Abendb.) Credit 265,75. Staatsb. 198,25. Bomb. 122,60. Galizier —.—. Gyptier 99,25. 4proc. Ung. Gold. 90,10. Türkenlos 21,10. Dresdn. Bk. 156,60. Laura 143,80. Italiener 95,60. Schwächer.
Paris. (Schluß.) Rente 92,45. Quistbr 106,65. Italiener 97,15. Staatsbahn 500,00. Lombarden 308,75. do. Prioritäten —. Gyptier 77⅞. Gyptier 496,31. Ottomanen 616,25. Türkenlos 615,00. Trägt.
Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Juni 25,40, per Septbr.-Decbr. 23,50, ruhig. Spiritus per Juni 36,50, per September-December 37,50, ruhig. Rüböl per Juni 69,50, per September-December 67,75, fest.
Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per November 197. Roggen per October 118, per März 121.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der **König** kam gestern Vormittag ½11 Uhr in Begleitung des Kgl. Flügeladjutanten wiederum nach dem Residenzschlosse und nahm eine größere Anzahl Audienzen von Civilpersonen entgegen.

— Se. Majestät **König Albert von Sachsen** gedenkt an den Breslauer Kaisertagen, ebenso wie der Kaiser von Oesterreich nicht theilzunehmen. Dieselben wohnen nur den Manövern des V. Armeekorps bei und dürften während dieser Zeit mit Kaiser Wilhelm zusammen die Gäste des Grafen Hochberg in dessen Schlosse Rohnstock sein.

— Für die am 7. März d. J. unter eigener Lebensgefahr bewirkte Rettung dreier Kinder vom Tode des Ertrinkens in der Mulde wurde dem Schuhmachermeister Bernhard **Bohne** und dem Schornsteinfegermeister Richard **Gräfe**, Beide in Lunzenau, die silberne Lebensrettungsmedaille nebst der Beifugniß zum Tragen derselben am weißen Bande verliehen.

— Der Monturpolier Carl **Bachmann** in Leipzig erhielt die silberne Medaille für Treue in der Arbeit.

— Dem Dr. med. Adolf v. **Stieglitz** in Leipzig wurde die Stelle des Bezirksarztes in Marienberg übertragen.

— In Anlaß seines goldenen Ehejubiläums erhielt der Schneidermeister **Hänsel** in Karcha bei Roßen von Sr. Maj. dem König eine kostbare Familienbibel mit des Königs eigenhändigem Namenszug.

— Das am Sonntag und Montag abgehaltene 14. Leipziger Preisschießen im Neuen Schützenhause wurde am Montag Nachmittag von Ihren Königl. Hoheiten den Prinzen **Johann Georg** und **Max** in Begleitung der Herren Generalleutnant v. Holleben gen. Normann, Excellenz, Oberst v. Bülow, Oberstleutnant Schaff und Rittmeister Freiherr v. Reitzenstein besucht. Der Vorstand der Leipziger Schützengesellschaft begrüßte in der Halle ehrfurchtsvoll die Königl. Hoheiten vor zahlreich versammelten Schützen. Beide Prinzen schossen mehrmals und erwiesen sich als jagdgerechte Schützen, denn die Mehrzahl der Schüsse saß im Blatt des laufenden Wildes.

— Der in weiten Kreisen mit lebhafter Spannung erwartete 5. Band des großen **Sybel'schen Geschichtswerkes** „Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I." enthält eine unparteiische und lichtvolle Darstellung der Geschichte des Jahres 1866. Da bekanntlich die Sybel'schen Forschungen auf dem reichen Material der preußischen Staatsarchive beruhen, der genannte Historiker demnach über eine Anzahl von Dokumenten verfügen konnte, die bisher der Oeffentlichkeit noch nicht übergeben worden waren, so beanspruchen seine Forschungen doppeltes Interesse auch in Laienkreisen. Besonders klar ist die Darlegung der verwickelten Verhandlungen, welche sowohl dem Kriege vorangingen als denjenigen, welche den endgiltigen Frieden herbeiführten. In Bezug auf **Sachsen** dürfte jener Passus des Werkes besonders bedeutsam sein, welcher das Schicksal unseres Königreiches in dem Für und Wider der Friedensverhandlungen entschied. Es geht

Friedrich & Glöckner, Zwingerstr. 15, Schäferstr. 24 und Löbtau. Spez.-Geschäfte f. Lacke, Firnisse u. Farbewaaren, eigene Fabrikation.